

## Afghanistan BND warnte vor Anschlag

Der Bundesnachrichtendienst (BND) hat vor dem Bombenanschlag auf das Diplomatenviertel in der afghanischen Hauptstadt Kabul mehrmals gewarnt, zuletzt fünf Tage vor dem Attentat. Wie aus Sicherheitskreisen verlautet, war dem Nachrichtendienst



Botschaft in Kabul nach Anschlag

sogar bekannt, dass für den Anschlag ein Entsorgungslkw benutzt werden sollte. Der BND hatte daraufhin die deutsche Botschaft gedrängt, das Hauptgebäude zu evakuieren. Dieses wurde durch die Explosion erheblich beschädigt. Hätten die Diplomaten dort gearbeitet, wären vermutlich viele von ihnen gestorben. Der Anschlag war offenbar gezielt gegen die

Deutschen gerichtet: Der Fahrer des Abwasser-Lkw hatte gefälschte Papiere dabei, die auf die deutsche Botschaft ausgestellt waren. Weil sein Auftrag nicht im Logbuch der Sicherheitsleute eingetragen war, wurde er zunächst nicht eingelassen. Daraufhin zündete er die zehn Tonnen Sprengstoff vor der Schranke. Mehr als 150 Menschen starben. kno, mgb

## Betriebsräte Seit' an Seit' für mehr Geld

Die Sozialdemokraten wollen am umstrittenen Vorstoß zur besseren Bezahlung von Betriebsräten festhalten. In einer internen Runde sagte Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles: „Wir brauchen eine klare gesetzliche Regelung in der nächsten Legislaturperiode.“ Sie hatte einen Entwurf zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes vorgelegt: Bei der Bezahlung von Betriebsräten sollten „Qualifikationen und Erfahrungen“ aus ihrem Amt berücksichtigt werden können. Damit wäre eine höhere Vergütung möglich. Auch in der SPD-Bundestagsfraktion hält man die Initiative weiterhin für sinnvoll. Die Unionsspitze stellte sich hingegen nach massivem Druck der Arbeitgeberverbände dagegen. Vor allem IG Metall und Automobilkonzerne hatten auf die Neuregelung gedrängt, wie aus internen Schreiben der Unions-Bundestagsfraktion hervorgeht. Kritiker sprechen von einer „Lex Osterloh“: VW-Betriebsratschef Bernd Osterloh hatte Empörung ausgelöst, da er nach eigenen Angaben eine jährliche Gesamtvergütung von bis zu 750 000 Euro erhalten haben soll. Die Staatsanwaltschaft Braunschweig ermittelt deshalb gegen VW-Personalverantwortliche. Im Arbeitsministerium heißt es, die Planungen für die Gesetzesänderung stammten bereits aus dem Jahr 2015. ama, cos, mad

## Brexit EU fordert Garantie von Großbritannien

Die Europäische Union fürchtet, dass EU-Bürger die Rechte, die ihnen Großbritannien in den Brexit-Verhandlungen zugesteht, später wieder verlieren könnten. Es fehle an einer „lebenslang gültigen Garantie“ der Rechte, heißt es in einer ersten Einschätzung der britischen Vorschläge, die Premierministerin Theresa May vorgestellt hatte. Das achtseiti-

ge vertrauliche Papier der EU enthält weitere Kritik. So könnten EU-Bürger, die in Großbritannien leben, ihre Rechte künftig nicht vor dem Europäischen Gerichtshof einklagen. Unklar sei zudem, für welchen Personenkreis das britische Angebot gelte: Unbefriedigend sei beispielsweise der Status der Familienangehörigen von EU-Bürgern, die in Großbritannien leben wollen. Für sie sollen künftig die üblichen britischen Immigrationsregeln gelten, anders als

unter EU-Recht müssten die dort schon lebenden Verwandten dann ein Mindesteinkommen nachweisen. Auch der Stichtag, ab dem neue Regeln gelten sollen, sorgt für Streit. Während die EU auf das Datum des Brexit drängt, also Ende März 2019, wollen die Briten den Stichtag womöglich früher ansetzen. Derzeit leben etwa 3,2 Millionen Bürger aus anderen EU-Staaten in Großbritannien. Die nächste Verhandlungsrunde soll am 17. Juli beginnen. mp



Queen Elizabeth II. im englischen Slough

STEPHEN LOCK / POLARIS / LAIF